Pressemitteilung

Berlin, 27. Oktober 2026

Unternehmensumfrage: erhebliche wirtschaftliche Risiken durch mögliche Kunststoffverpackungssteuer

Verbändeallianz warnt vor Absatzrückgängen und Standortnachteilen

Eine von Bundesfinanzminister Klingbeil geplante Kunststoffverpackungssteuer würde die deutsche Verpackungs- und Konsumgüterindustrie erheblichen Risiken aussetzen. Das zeigt eine aktuelle Umfrage einer breiten Verbändeallianz unter Verpackungsherstellern und Abfüllern. Damit wird die Allianz Verpackung und Umwelt (AVU) in ihrer Kritik an der geplanten Steuer von 550 Euro pro Tonne Kunststoff bestätigt. Zugleich warnt die AVU ausdrücklich davor, das Vorhaben entgegen früheren Ankündigungen im Schnellverfahren durchzusetzen. Eine Steuer mit derart weitreichenden wirtschaftlichen Folgen darf **nicht durch die Hintertür** eingeführt werden.

Rund 70 Prozent der 306 Teilnehmenden rechnen mit sinkenden oder stark sinkenden Absatzmengen. „Die Unternehmen befürchten zu Recht steigende Kosten, sinkende Absätze und Wettbewerbsnachteile gegenüber ausländischen Anbietern. Besonders bitter ist, dass die Steuer in ihrer geplanten Form nicht einmal dem Umweltschutz dient, sondern lediglich der Stabilisierung des Bundeshaushalts“, erklärt Carl Dominik Klepper, Vorsitzender der AVU.

Auch Investitionen und Produktionsstandorte geraten unter Druck: **Rund 43 Prozent der befragten Unternehmen rechnen damit, ihre Investitionen zu reduzieren**. Darüber hinaus werden Standortschließungen und Produktionsverlagerungen als mögliche Konsequenzen genannt. Damit drohen langfristige Schäden für den Industriestandort Deutschland.

Die AVU hatte gemeinsam mit über 30 Wirtschaftsverbänden in einer Stellungnahme vom 9. Oktober 2026 die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag aufgefordert, von der Einführung der Steuer Abstand zu nehmen. Die Verbände kritisieren insbesondere die zusätzlichen Belastungen für Unternehmen und private Haushalte sowie fehlende Anreize für die Kreislaufwirtschaft.

Dabei sieht das 2026 verabschiedete Verpackungsrecht-Durchführungsgesetz (VerpackDG) bereits gezielte finanzielle Anreize vor, die jedoch noch ausgestaltet werden müssen. „Wer die Kreislaufwirtschaft voranbringen will, muss Investitionen ermöglichen, statt sie durch zusätzliche Belastungen auszubremsen. Die Bundesregierung sollte deshalb auf die neue Steuer verzichten und gezielte finanzielle Anreize für nachhaltige Verpackungen schaffen“, so Klepper.

Die Umfrage richtete sich an Unternehmen aus der Konsumgüterindustrie, dem Einzelhandel und der Verpackungsherstellung. Die Ergebnisse finden Sie hier.

Über die AVU

Die Allianz Verpackung und Umwelt (AVU) engagiert sich seit 1986 für die Produktverantwortung bei Verpackungen und setzt sich für eine umweltgerechte und ressourcenschonende Nutzung und Verwertung ein. Der Verband repräsentiert die gesamte Wertschöpfungskette: von der

Verpackungsindustrie über die Konsumgüterwirtschaft und den Handel bis hin zu den dualen Systemen, Entsorgern und Verwertern.

Anna Kupferschmitt
Leiterin Europapolitik und Kommunikation
Allianz Verpackung und Umwelt e. V.
Reinhardtstr. 25, 10117 Berlin, Tel.: 0171-1459362
E-Mail: kupferschmitt@avu-online.de